

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1873**

17.8.1873 (No. 190)

# Badischer Beobachter.

Carlen. Adlerfrage Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 190

ersch. täglich (Montag ausgen.)  
Preis 1 fl. 18 kr. durch die Post bezogen  
1 fl. 52 kr. vierteljährlich.

Sonntag, 17. August

Insertionsgebühr:  
die gespaltene Zeitspalt ober deren  
Raum 4 Kreuzer.

1873.

## Deutschland.

Karlsruhe, 14. Aug. Der heutige Staatsanzeiger Nr. 29 enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: a. die Besorgung der Notariatsgeschäfte im Amtsgerichts-Bezirk Rastatt betreffend; b. die Wohnsitz der Notare des Amtsgerichts-Bezirks Heidelberg betreffend; c. den erledigten Notariatsdistrikt Langensteinbach betreffend. 2) Des Handelsministeriums: die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend.

Karlsruhe, 11. Aug. In gouvernementalen Kreisen befindet man sich in einiger Verlegenheit in Betreff der Präsidentschaft der zweiten Kammer. Ursprünglich war es in der Absicht, den Abgeordneten Serger, Kanzler des Oberhofgerichts in Mannheim, für den Vorsitz in der zweiten Kammer heranzuziehen; allein nachdem derselbe dem parlamentarischen Leben keinen Geschmack abgewonnen und seinen Rücktritt erklärt hat, auch Echarb kein Mandat mehr annehmen will, der sich am besten für den Präsidentenstuhl qualifiziert hätte, fehlt es an tauglichen Persönlichkeiten. Man hat deshalb schon an Lamey, auch an Bluntzli als Präsidenten vom Stuhl gedacht. Bei Beiden waltet jedoch eigenthümliche Schwierigkeiten ob. Lamey, obwohl ministeriell, ist verschümpft und das persönliche Zusammenwirken des Präsidenten des Staatsministeriums und der zweiten Kammer würde immerhin an einiger Gespanntheit leiden. Das gleiche Verhältnis waltet aber auch mit Herrn Bluntzli, wenn auch aus etwas anderen Gründen ob. Auch steht dem Letzteren sein auswärtiger Ursprung entgegen. So ist man in einer Präsidentschaftsverlegenheit, aus welcher nur die Wiederaufnahme einer Wahl Seitens des Herrn Echarb retten könnte. Und diese wird schließlich auch erfolgen. — Die Verstimmung über den durch die Sonnenhitze herbeigeführten Tod acht badischer Soldaten ist eine so große, daß sich selbst unsere hiesige Landeszeitung nicht enthalten kann, denselben Ausdruck zu geben. Man fühlt jetzt die Macht- und Hilflosigkeit, in welche sich der badische Staat durch die Militärconvention gesetzt hat. Was soll es aber einmal späterhin werden, wenn die jetzigen personellen Constellationen sich verändert haben? Ist man auf der einen Seite von jenem Vorgange schmerzlich berührt, so fällt um so mehr der förmliche Stumpf sinn auf, in welchen die übrige Presse des Landes, namentlich die Localpresse (die Amtsverkündiger), solchen das ganze Land und Volk berührenden Vorgängen gegenüber versunken ist. Das ist aber die Presse, aus welcher der größte Theil des Volkes seine geistig-politische Nahrung zieht. (Neue Bad. Ldsztg.)

Freiburg, 10. Aug. Die „Bad. Landeszeitung“ hat jüngst den aus dem Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte vertriebenen Jesuiten noch einen Stein nachgeschleudert, indem sie einige im vorigen oder vorletzten Jahrhundert von den Jesuiten gestellte Schüler-Preisfragen bespöttelt. Hier ein Gegenstück, gleichfalls aus dem vorigen Jahrhundert, zur Beleuchtung der damaligen Berliner Intelligenz und Wissenschaft. Im Jahre 1732 wurde ein Graf von Stein zum Präsidenten der Berliner Akademie ernannt; in dem Patente heißt es: „Alldieweil es auch eine beständige Tradition ist, daß in der Churmark, sonderlich in der Gegend von Lebus, Behnin und Bilsnet considerable Schätze vergraben liegen, zu deren Besichtigung und um zu wissen, ob sie noch vorhanden sind, gewisse Ordensleute, Jesuiten und anderes dergleichen Geschmeiß und Ungeziefer von Rom kommen, so muß der Vizepräsident diesem Pflasterpaß fleißig auf den Dienst passen und keinen Fleiß sparen, daß er vermittlest der Wünsche durch Segensprechen, Arunknen, die Schätze ausfindig mache, und sollen ihm die Zauberbücher aus unserm Archiv wie das Speculum Salomonis verabsolgt werden.“ (Siehe

Morgenblatt vom 21. Jan. 1807.) Vielleicht haben die pfiffigen Jesuiten die ansehnlichen Schätze durch Zauberbücher aus dem königlichen Archiv verschafft, woher ihr angeblicher Reichtum. Doch fort mit ihnen, damit die considerable Schätze, wenn sie nicht schon gehoben, uns verbleiben. Die Zauberbücher sollen im Ministerium des Auswärtigen sich befinden. (Kath. Kirchenbl.)

X Freiburg, 14. Aug. Die große katholische Bewegung, die gegenwärtig Deutschland durchzieht, läßt sich in ihrem Ursprunge auf unser badisches Land zurückführen. Hier haben im Kleinen die ersten Kämpfe begonnen, die nunmehr auf ganz Deutschland ihre Ausdehnung erfahren haben. An diesen großen Kämpfen, wie sie uns leider im neuen deutschen Reiche aufgedrungen worden sind, so lebhaft wir in Baden und anderwärts auch dessen Entstehung begrüßt haben möchten, darf unser engeres Heimathland, das früher in erster Reihe glänzte, nicht zurückbleiben, und wir begrüßen daher die am 24. d. in Freiburg tagende Versammlung des deutschen Katholikenvereins mit um so lebhafterer Freude, als dies die erste Wanderversammlung ist, welche von dieser Seite in unserm Lande stattfinden wird. Eine zahlreiche Theilnahme aus allen Theilen des Landes dürfte, wie wir nicht zweifeln, dieser Tagung gesichert sein. Also auf nach Freiburg!

SS Freiburg, 14. Aug. Ich habe vor nicht zu langer Zeit in einem amtlichen badischen Blatt eine gar eindringliche Verwarnung gegen die „schwarzen“ Gesellenvereine gelesen. Mancher könnte glauben, alle Regierungskreise theilten diese Furcht. Zum Beweise aber, daß dem nicht so ist, theile ich Ihnen nach dem „W. W.“ Folgendes mit: „Waldfsee. Aus den katholischen Gesellenvereinen Württembergs geben 5 Gesellen mit Staats-Unterstützung von je 50 bis 60 fl. am 18. August d. J. nach Wien, um die Weltausstellung zu besuchen. Dieselben haben sich in Wien vor der württemb. Commission zu stellen, und nach ihrer Rückkehr einen kurzen Bericht einzusenden.“

\* Saabach, 14. Aug. Zur Trennung von Kirche und Staat liegen neustens zwei interessante Kundgebungen vor, die lediglich das bestätigen, was wir früher schon behauptet haben: die Katholiken fürchten diese Trennung nicht, die Protestanten dagegen sind ihre wüthendsten Gegner, weil sie wissen, wie viel die Uhr geschlagen hat, wenn diese Trennung einmal vollständig durchgeführt sein sollte. Wir finden diese Kundgebungen in einer Correspondenz der „Rölnischen Zeitung“ aus Pesth, in welcher auch Eingang derselben jener Unterschied in der Beurtheilung zwischen Protestanten und Katholiken als eine „bemerkenswerthe Erscheinung“ hervorgehoben wird. Es heißt dort: „Bei der Einführung des siebenbürger katholischen Directionsrathes hielt Herr Simon (Katholik) eine Rede, worin er erklärte, daß die Katholiken von Deats Principien nichts für ihre Kirche fürchten, ja sogar die Unabhängigkeit vom Staate für die Kirche vortheilhaft erachten.“ Dies begründete dann der Redner in eingehender Auseinandersetzung. Ganz anders dagegen lautete die Kundgebung der Protestanten, die durch ihren Sprecher Jedem die Anschauungen Deats für unpraktisch erklären ließen. „Die freie Kirche im freien Staat“ sei nicht durchführbar; die Freiheit der protestantischen Kirche sei noch nicht gesichert (auch nach der Trennung nicht!); die katholische Kirche werde allein alle Vortheile von der Trennung beider Gewalten ernten u. s. w. Nach der „Germania“ ist sogar von dem Redner nichts mehr und nichts weniger verlangt worden, als „die Erhebung der lutherischen Kirche zur Staatskirche“. Angesichts all dieser Thatfachen können wir es bald nicht mehr begreifen, wie es auf katholischer Seite immer noch eine Menge Leute gibt, die meinen, man müsse sich mit aller Gewalt gegen die Trennung sperren, weil die Möglichkeit einer Christianisirung unserer modernen Staaten immer noch vorliege. Sie werden auf protestantischer Seite stets hoch willkommen sein, — arbeiten sie doch dem Lutherthum, dem Protestantentum

und sämtlichen Predigern des Nationalcultus wacker in die Hände!

\* Saabach, 14. Aug. Die Constanzer Zeitung behauptet in einem die Wahlen betreffenden Leitartikel von dem Badischen Beobachter, es werde dieser „noch lauter schreien, als heute schon: der päpstliche Syllabus ist unser Staatsgrundgesetz“. Jeder unserer Leser weiß, daß der Bad. Beobachter noch nie einen derartigen „Schrei“ ausgestoßen hat, daß also die läppische Behauptung der Constanzer Zeitung rein aus der Luft gegriffen ist. Das nämliche Amtsverkündigungsblatt hat neulich sich selbst einen „Gentleman“ im Vergleich zur Freien Stimme titulirt; die erste Bedingung, für einen Gentleman gehalten zu werden, ist aber die, daß man nicht lügt.

Straßburg, 13. Aug. Eine Verordnung des Oberpräsidenten verbietet den Landeskassen die Annahme der Münzen des österreichischen Guldenfußes vom 20. August ab.

Straßburg, 14. Aug. Durch Verordnung des Bezirkspräsidenten wird der Bezirkstag von Unter-Elßaß auf den 28. d., die Kreistage auf den 18. d. und 11. Sept. einberufen.

München, 9. Aug. Die „Augsb. Abendzeitung“ schreibt: „Eine aus höhern Officieren der Artillerie, des Ingenieurcorps und des Generalstabes gebildete Commission wird noch während des laufenden Monats in Ingolstadt zusammentreten, um die durch Bewilligung von vier Millionen Thalern aus der französischen Kriegsschädigung möglich gewordene, durch die neuen Kriegswaffen bedingte Erweiterung der Festung in Berathung zu ziehen. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Anlegung weit vorgeschobener größerer Vorwerke, um die Stadt selbst vor Bombardement zu schützen, dann um die Verlegung verschiedener Militär-Etablissements, als Gewehrfabrik, Geschützgießerei u. c. in die Festung und die Anlegung neuer Etablissements, als bombensicherer Bäckereien, Provianthäuser, Remisen u. c. Ingolstadt ist sonach zu einem Waffenplatz 1. Ranges auszuweisen, der einer im Donauthale operirenden Armee zur Stütze, zum Unterhalt und Reetablissement dienen soll.“

München, 10. Aug. Die Nachricht, es sei beschlossen worden, die katholische Generalversammlung hier nicht abzuhalten, ist unbegründet. Ein solcher Beschluß wurde bis jetzt nicht gefaßt und dürfte die Frage, ob die Versammlung zu unterbleiben habe, im Local-Comite erst morgen zur Erörterung kommen. Wahrscheinlich ist freilich die Bejahung dieser Frage, denn wie vom 7. zum 8., so sind auch vom 8. zum 9. d. M. 19 neue Fälle von Erkrankung an der Cholera constatirt; an jenem Tage sind 6 Kranken, an diesem 7 gestorben. Unter den Todten ist auch Ministerialrath v. Roos zu verzeichnen, der, wenn wir uns recht erinnern, als conservativer Abgeordneter der Pfalz seiner Zeit in's Ministerium berufen wurde. Möglich, daß der heute Nacht eingetretene Witterungswechsel die erhoffte Aenderung zum Bessern bringt. Unter einem heftigen und andauernden Gewitterregen ist das Thermometer auf 15° R. gesunken und ein ziemlich heftiger Nordost durchsetzt die Straßen. Der König, dessen Besuch erwartet wurde (man gibt heute im Hoftheater Wagener's „Tannhäuser“), ist nicht eingetroffen. (R. B. Z.)

Nürnberg, 15. Aug. Das Magistratscollegium hat die Feier des 2. Septembers als nationalen Festtags abgelehnt; es befürwortet zwar eine nationale Festtagsfeier, hält jedoch einen Schlachttag hiezu nicht für geeignet.

Hof, 11. Aug. Die am letzten Sonnabend in Müllers Saal stattgefundene socialdemokratische Arbeiterversammlung wurde aufgelöst, weil der mehrmaligen Weisung des Polizeicommissärs, die Arbeiterinnen zu entfernen, nicht Folge geleistet wurde. (H. A.)

Mainz, 12. Aug. Der Kampf gegen die österreichischen Gulden scheint hier zu einer wahren Calamität zu werden. Einzelne Geschäftsleute wollen sie nur zu einem niederen Course annehmen; eine andere namenlose Gesellschaft, die sich „reelle Kauf-

leute" betitelt, hat öffentlich erklärt, weder Holländer noch Oesterreicher als Zahlung anzunehmen. Nun ist aber die Stadt durch Manipulationen, welche auch in Ihrem Blatte besprochen wurden, von diesen Münzen förmlich überschwemmt, und es ist fast kein anderes Geld im Verkehr. Es ist schwer zu sagen, wie das endlich werden soll. (Frkf. Btg.)

Frankfurt, 13. Aug. Die „Nordb. Allg. Btg.“ drückt heute an hervorragender Stelle eine Notiz der Corresp. universelle, worin die Vigilante-Affaire als erledigt bezeichnet und zugleich ausgesprochen wird, die neue Instruktion für das deutsche Geschwader an der spanischen Küste scheine den von Englands und Frankreichs Regierungen erteilten vollkommen gleich zu sein. Die Wiedergabe dieser angeblich „diplomatischen Information“ durch das offiziöse Blatt kommt einer Zustimmung gleich. In Betreff des Herrn Werner sind verschiedene Angaben im Umlauf. Von einer Seite wird berichtet, er werde die erledigte Stelle des Ober-Werft-Directors in Wilhelmshafen erhalten und es sei das keine Zurücksetzung, sondern sogar „unter gewöhnlichen Verhältnissen“ eine Auszeichnung, zumal die Stelle vorzüglich dotirt sei. Da könnte man wohl fragen, was denn Hr. Przewinski verbrochen habe, daß man ihn dieser „Auszeichnung“ enthohe! Von anderer Seite wird gemeldet, gegen Werner werde ein Disciplinarverfahren eingeleitet, das wohl mit seiner Verabschiedung enden werde. Die zweite Nachricht entspricht den Forderungen der Logik und des Rechts aber trotzdem — um nicht zu sagen just deshalb — halten wir die andere für die wahrscheinlichere. (Frkf. Btg.)

Berlin, 14. Aug. Der „Reichsanzeiger“ publicirt eine kaiserliche Verordnung betreffend die Ermächtigung des Bezirks Lothringen zur Aufnahme eines bis 1893 zurückzahlbaren Anlehens von 1,958,333 Frs. für die Errichtung einer Irrenanstalt.

Berlin, 11. Aug. Die großen Festungsmanöver in Graudenz erregen in hohem Grade die Aufmerksamkeit des Auslandes. Die englischen Blätter bringen bereits ausführliche Nachrichten über die bisherigen Ergebnisse der Manöver. Die beiden Offiziere, welche von Seiten Englands zu den militärischen Uebungen beordert worden sind, die Obersten Nugent und Heyman, werden als sehr gebildete tüchtige Soldaten geschildert. Der eine von ihnen gehört der Artillerie, der andere dem Ingenieurcorps an. — Leider scheint ein seltsamer Unfall über den Manöver zu wachen. Bereits in der ersten Woche der Truppenzusammenziehung in Graudenz stellte sich die Cholera ein, und wenn auch ihre Wirkungen nicht sehr verheerend gewesen sind, so kann sie doch nicht als erloschen bezeichnet werden. Ein neuer höchst beklagenswerther Unglücksfall ereignete sich am Freitag. In einer Mine fanden ein Hauptmann und 5 Soldaten den Erstickenstod, weil sie zu früh nach erfolgter Explosion in dieselbe eingedrungen waren.

Posen, 11. Aug. Der Chefredacteur der „Dsb. Btg.“, J. Stein, ist von zwei Criminal-Commissarien im Auftrage der Staatsanwaltschaft vernommen, um darüber Auskunft zu geben, woher er den Wortlaut des Schreibens des Erzbischofs an die Criminaldeputation des Posener Kreisgerichts erlangt habe, welche in der „Dsb. Btg.“ und danach in fast allen deutschen Zeitungen zum Abdruck gelangt ist. Derselbe erklärte, daß das Schreiben aus hiesigen polnischen Blättern übersetzt sei. Vermuthlich verfolgt die Staatsanwaltschaft den Abdruck des Schreibens nach dem Paragraphen des Preßgesetzes, welcher verbietet, Actenstücke aus einem Criminalproceß mitzutheilen, ehe derselbe durch Urtheilsspruch erledigt ist.

Posen, 14. Aug. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Erzbischof Ledochowski wegen eigenmächtiger Anstellung des Pfarrers Uradt zu Tilsche die formelle Anklage erhoben; das Kreisgericht beschloß die Untersuchung.

Posen, 14. Aug. Der Landrath Schopis hat dem Geistlichen Kruska in Kroeben und dem Vicar Boesler in Strzelce eröffnet, daß die Regierung die denselben von dem Erzbischof eigenmächtig übertragenen geistlichen Aemter nicht anerkenne und lade er sie daher zu einer Vernehmung am 22. d. Mts. vor.

Königsberg i. Pr., 13. Aug. Unter den Schiffsbewohnern zeigte sich seit gestern die Cholera in erheblichem Umfange. Desgleichen hat die Epidemie seit gestern in unserer Stadt stark zugenommen. Es erkrankten nach dem amtlichen Bericht gestern 45 Personen von denen 25 gestorben.

Leipzig, 13. Aug. Der 7. deutsche Protestantentag ist heute Vormittag in der Aula der Universität eröffnet worden. Als Theilnehmer waren u. A. die Prediger Richter und Thomas aus Berlin, Fretwel, der Vertreter der British und Foreign Unitarian

Association in London und Delegirte aus Chicago und Newyork anwesend. Den Vorsitz führte Professor Käßiger aus Breslau. Auf der Tagesordnung stand die Verhandlung über die Folgen der Einführung der obligatorischen Civilehe. Nach längeren Debatten wurden 5 Theesen angenommen, in denen die Versammlung die Einführung der obligatorischen Civilehe als nothwendig anerkannte und darauf den geschäftsführenden Ausschuss beauftragte, weitere Schritte nach dieser Richtung hin zu thun.

Leipzig, 14. Aug. Die heutigen Verhandlungen des Protestantentages wurden wiederum durch einen Gottesdienst in der Nikolaikirche eingeleitet. Die Predigt wurde vom Pfarrer Heinrich Lang (Zürich) über Psalm 119 B. 52 gehalten. Gegen 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wurden in der Universitätsaula die Verhandlungen über die evangelisch-protestantische Kirchenverfassung fortgesetzt. Das Referat hatte Prof. Holzmann (Heidelberg) an Stelle des erkrankten Prof. Bluntschli übernommen. Schließlich sprach der Vorsitzende, Professor Käßiger, dem Rathe der Stadt Leipzig und dem Leipziger Protestantentag den Dank des Protestantentages für ihr freundliches Entgegenkommen aus und schloß die Versammlung um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

## Ausland.

Wien, 11. Aug. Ueber die Vorgänge in Frohsdorf liegt einstweilen keine weitere Mittheilung vor, dagegen bringt ein Blatt aus dem in der Nähe Frohsdorfs gelegenen Wiener-Nustadt folgendes interessante Telegramm. „Der Fremdenzug nach Frohsdorf ist fortwährend im Steigen. Es herrscht hier seit den letzten Tagen ein reges Leben und Treiben, wie sonst nie; unsere Stadt scheint das Rendezvous aller Legitimisten zu werden. Die Beratungen in Frohsdorf dauern ununterbrochen bis in die späten Abendstunden fort. Die Legitimisten sprechen von der Thronbesteigung Heinrichs V. als von einer ausgemachten Sache.“ Wie dem „Nürn. Corr.“ geschrieben wird, drohte die Verständigung zwischen den Bourbons und Orleans einen Augenblick an der Frage der Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes zu scheitern. „Man hat sich schließlich geeinigt,“ berichtet das genannte Blatt, „dieselbe als eine offene Frage zu behandeln. Mehr zu concediren, war Graf Chambord nicht zu bewegen; diese Concession haben aber die Orleans als ein Minimum urgirt.“

Rom, 13. Aug. Der gestern Abends von Rom abgegangene Nachtzug entgleiste unweit einem Orte in dem District Caserta in Folge eines Zusammenstoßes mit einer Kinderherde. 2 Personen wurden getödtet, 16 verwundet.

Paris, 12. Aug. Ueber Rochefort's ärztliche Untersuchung schreibt die Kölnische Zeitung, vernimmt man jetzt folgende Einzelheiten: Die damit beauftragte Commission war, anstatt auf einem Kanonenboot, wie dieses gewöhnlich geschieht, an Bord des Jean Guiteau nach der Insel Ré gekommen und das strengste Geheimniß bewahrt worden, um die Schritte zu verhindern, welche die Freunde und Verwandten des Verurtheilten hätten thun können. Sofort nach der Ankunft auf der Insel begaben sich die Aerzte nach dem großen Saale, der den Verurtheilten als Promenade und Sprechraum dient. Beim Kennen des Namens von Rochefort entstand unter den Anwesenden lebhafteste Bewegung, um den Ausspruch der Commission zu erfahren. Henri Rochefort trat sehr ruhigen Schrittes vor und grüßte die Mitglieder der Commission, ohne ein Wort zu sagen. Indeß zeigte sein Gesicht eine gewisse Blässe. Der Doctor Fossie, Präsident der Commission, näherte sich ihm und fragte ihn: „Haben Sie einen Grund für Ihre Nichtabreise geltend zu machen?“

— „Ich gestehe, daß ich mich unwohl fühle.“ — „Was haben Sie und was empfinden Sie?“ — „Schmerzen und Erschütterungen, die mich zwingen, mich niederzusetzen, wenn ich zu rasch gehe; hier leide ich.“ Und dabei zeigte Rochefort auf seine linke Seite. — „Wollen Sie so gut sein, sich auszukleiden; wir werden die Auscultation vornehmen.“ Rochefort entkleidete sich und wurde von jedem Arzte auscultirt. Hierauf begaben sich letztere in ein anderes Gemach, um zu berathen. Nach fünf Minuten erschienen sie wieder, und Dr. Fossie sagte mit bewegter Stimme zu Rochefort: „Mein Herr! Nach der Ansicht von uns Allen und nach den von uns gemachten Beobachtungen glauben wir, daß Sie im Stande sind, die Reise zu ertragen.“ Henri Rochefort verneigte sich stillschweigend, und im Begriffe, den Saal zu verlassen, wandte er sich zu den Aerzten und sagte: „Meine Herren! Ich weiß nicht, ob ich die Ehre haben werde, Sie wieder zu sehen. Ich empfehle mich Ihnen!“ Eine Viertelstunde spä-

ter ging an den Minister des Innern folgende Depesche ab: „Der unter Nr. 166 eingeschriebene Sträfling ist als tauglich für die Reise erkannt worden.“ Für Rochefort war also Alles entschieden und über sein Schicksal konnte kein Zweifel mehr obwalten. — Victor Hugo hat folgendes Schreiben an den Herzog von Broglie gerichtet:

Auteuil, Villa Montmorency, 8. August 1873.  
Herr Herzog und sehr geehrter Colleague! Mein Schreiben gilt dem Mitgliede der französischen Academie. Ein Ereigniß von ungeheurer Bedeutung ist im Begriffe sich zu vollziehen. Einer der berühmtesten Schriftsteller dieser Zeit, Herr Henri Rochefort, soll in Folge einer politischen Verurtheilung nach Neu-Caledonien deportirt werden. Wer immer Herrn Henri Rochefort kannte, darf behaupten, daß seine schwächliche Constitution den Transport nicht aushalten und entweder der langen und mühseligen Reise oder dem Klima oder dem Heimweh erliegen wird. Herr Henri Rochefort ist Familienvater und läßt drei Kinder zurück, darunter ein Mädchen von 17 Jahren. Das Urtheil, welches Herrn Henri Rochefort trifft, berührt nur seine Freiheit, die Art der Durchführung desselben greift sein Leben an. Warum Rouméa? Die Inseln Sainte-Marguerite hätten genügt. Das Urtheil fordert nicht ausdrücklich Rouméa. Durch die Haft auf den Inseln Sainte-Marguerite würde es ausgeführt und nicht verschärft werden. Die Transportirung nach Neu-Caledonien ist eine Uebertreibung der über Herrn Henri Rochefort verhängten Strafe, welche dadurch in Todesstrafe umgewandelt wurde. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf diese neue Art von Umwandlung. Der Tag, an welchem man erfahren würde, daß sich das Grab für diesen glänzenden und kühnen Geist geöffnet habe, wäre für Frankreich ein Tag der Trauer. Es handelt sich um einen Schriftsteller und um einen originellen und seltenen Schriftsteller. Sie sind Minister und Akademiker, in beiden Eigenschaften fallen Ihre Pflichten zusammen. Sie würden die Verantwortlichkeit für die vorhergesehene und angekündigte Katastrophe haben. Sie können und sollen sich ins Mittel legen; es würde Ihnen zur Ehre gereichen, wenn Sie diese großmüthige Initiative ergreifen wollten, und abgesehen von jeder politischen Meinung und Leidenschaft bitte ich Sie, mein Herr und lieber Colleague, im Namen der Literatur, der Sie und ich angehören, in diesem entscheidenden Augenblicke Herrn Henri Rochefort zu beschützen und seine Abreise, die sein Tod sein würde, zu verhindern. Genehmigen Sie, Herr Minister und lieber Colleague, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Victor Hugo.

Der Herzog von Broglie hat auf dieses Schreiben folgender Maßen geantwortet:

Mein Herr und lieber Colleague! Während einer kurzen Abwesenheit von Paris erhielt ich Ihren Brief, den ich mich beeile, Herrn Wente zu übermitteln. Herr Rochefort war, wenn die Absichten der Regierung befolgt wurden, Gegenstand einer mit ganz besonderer Sorgfalt vorgenommenen ärztlichen Untersuchung, und der Befehl zu seiner Einschiffung wurde nur für den Fall gegeben, daß die Durchführung des Gesetzes weder das Leben noch die Gesundheit des Verurtheilten in Gefahr setzen würde. In diesem Falle sind Sie wohl auch der Meinung, daß die intellectuellen Gaben des Herrn Rochefort seine Verantwortlichkeit vergrößern und nicht als Vorwand dienen können, um die der Schwere seines Verbrechens angemessene Strafe zu mildern. Die unwissenden und irgeleiteten Unglücklichen, die seinen Worten folgten und dem Glend anheimgegebene Familien zurücklassen, hätten ein größeres Recht auf Nachsicht als er. Genehmigen Sie ic.

Broglie.

So richtig auch der Schlußsatz des Herzog-Ministers ist, so ist und bleibt dieser Vorgang doch gewiß ein für jeden Leser erschütterndes Ereigniß, das unwillkürlich zur Wehmuth stimmt, wenn man an das Herzeleid der Angehörigen von Solchen denkt, die wegen politischer Verbrechen zu den schwersten Strafen verurtheilt werden. D. Red. des Bad. Beobachters.

Paris, 13. Aug. „Temps“ und „Constitutionnel“ erwähnen des Gerüchtes, daß fusionistische Deputirte vom Grafen v. Chambord die Zusage erlangt hätten, daß die dreifarbige Fahne im Falle der Restauration als Fahne der Armee bestehen bleiben solle; nur solle an der Spitze des Fahnenstocdes ein weißes Band mit darin gestickten Lilien angebracht werden. Die weiße Fahne solle nur über der königlichen Residenz aufgehißt werden. Es heißt, daß der Graf v. Chambord um den 15. Sept. Frohsdorf verlassen würde, um seinen Aufenthalt auf Schloß Chambord zu nehmen. In der Permanenzcommission interpel-



